



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 25.09.2015

lj

Kommunalfreundliche Politik im Bund konsequent fortsetzen

Bundestag verhandelt über gemeinsamen Antrag von SPD- und CDU/CSU-Fraktion zur Unterstützung der Städte – Lokalpolitiker zur Beratung im Plenum vor Ort

Der Pirmasenser OB Matheis und Finanzdezernent Schieler waren im Rahmen der zweiten Berliner Aktion des Bündnisses „Für die Würde unserer Städte“ für die Plenardebatte zum Thema Finanzierung von Kommunen und Städten zu Gast im Deutschen Bundestag. Dass diese Debatte stattfand, ist maßgeblich dem Aktionsbündnis zuzuschreiben, denn das Bündnis von insgesamt 62 Städten war und ist eine treibende Kraft in der Diskussion um die Stärkung strukturschwacher Kommunen, zu denen auch die Städte Pirmasens und Zweibrücken zählen.

Zahlreiche Bundestagsabgeordnete unterstützten die Kommunen Ihrer Wahlkreise in ihrem Anliegen, so auch Angelika Glöckner (SPD), Abgeordnete für den Wahlkreis Pirmasens/Zweibrücken. Dabei bedauerte Frau Glöckner sehr, dass der enge Terminplan in der Sitzungswoche leider keine Möglichkeit für ein persönliches Gespräch zuließ: *„Es ist schade, dass ich Herrn Matheis und Herrn Schieler in Berlin nicht persönlich treffen konnte“*, so Glöckner heute in Berlin. *„Aber ich bin mir sicher, dass beide die Aussprache im Plenum ebenso aufmerksam verfolgt haben wie ich und sich freuen werden, dass eine breite Mehrheit die Entlastung unterstützt.“*

Für die Stärkung der Finanzsituation der Kommunen hat die Koalition einen Antrag vorgelegt (Drucksache 18/6062). In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert die kommunalfreundliche Politik konsequent fortzusetzen. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, den Entwurf eines Bundesteilhabegesetzes zur Reform der Eingliederungshilfe so vorzulegen, dass das Bundesteilhabegesetz möglichst am 1. Januar 2017 in Kraft treten kann und die im Koalitionsvertrag zugesagte Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro jährlich ab 2018 so umzusetzen, dass die Entlastung bundesweit auch wirklich bei den Kommunen ankommt.

Zudem soll die Bundesregierung an die Bundesländer appellieren, dass finanzielle Leistungen des Bundes an die Kommunen dort auch zusätzlich und ungekürzt ankommen.

Die Abgeordneten fordern weiter, dass die zugesagte dauerhafte und strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge zügig umgesetzt wird. Dazu soll sie auch in den Verhandlungen mit den Ländern darauf drängen, dass sie bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern den Kommunen aufgabenangemessene Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Schließlich sollen die Empfehlungen der Expertenkommission "Stärkung von Investitionen in Deutschland" zur Stärkung kommunaler Infrastruktur im Rahmen auch der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zielgerichtet konkretisiert.

Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil des Gemeinwesens und nehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr. *„Die Zustände in Städten, Gemeinden und Kreisen bestimmen die Lebensqualität der Menschen. Sie sorgen für gute Schulen, intakte Straßen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Mobilität und Nahversorgung. Sie tragen wesentlich zur sozialen Sicherheit und zum sozialen Frieden im Land bei und deshalb müssen wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen um sie zu unterstützen“*, schließt Angelika Glöckner.

BERLINER BÜRO PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-77432 **TELEFAX** (030) 227-77644 **E-MAIL** angelika.gloeckner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO ALLEESTRASSE 60 66953 PIRMASENS
TELEFON (06331) 7193259 **TELEFAX** (06331) 7190379 **E-MAIL** angelika.gloeckner@bundestag.de

WEB <http://www.angelika-gloeckner.info/>